

WERNER J. PATZELT

Zur Rekrutierungspraxis der Parlamente und zum internationalen Vergleich

Wer kommt in die Parlamente? Antworten auf diese Frage sind wichtig, rekrutiert sich doch in parlamentarischen Regierungssystemen aus den Reihen der Parlamentarier ein Großteil des politischen Führungspersonals, und sind auch in präsidentiellen Regierungssystemen Parlamentarier wichtige politische Akteure. Vernachlässigbar ist die Rekrutierung in die Parlamente freilich in autoritären Regimen, die aus der folgenden Betrachtung darum ausgeschlossen werden.

I. Analytische Kategorien

Nach Dietrich Herzog läßt sich Elitenrekrutierung auffassen „als eine Kette aufeinander folgender Karriereschritte, wobei Personen im Zuge ihrer persönlichen, beruflichen und politischen Entwicklung bestimmte Phasen und Positionen durchschreiten, die sukzessive aufeinander folgen, jeweils weitere Aufstiegschancen positiv oder negativ beeinflussen und insofern einen zusammenhängenden Prozeß darstellen“.¹

Lester Seligman formulierte vor gut 20 Jahren eine komplexe Theorie der Rekrutierung politischer Eliten, deren Grundstruktur als Landkarte zur ersten Orientierung auf unserem Themenfeld dienen kann.²

Der Rekrutierungsprozeß samt seinen Voraussetzungen und Folgen entfaltet sich, nach Seligman, in vier Phasen: die Schaffung der Voraussetzungen dafür, überhaupt rekrutiert zu werden; die tatsächliche Auswahl, die im Rekrutierungsprozeß Gewinner von Verlierern scheidet; die Übernahme politischer Rollen; und schließlich deren sie prägende Ausübung; durch jenes Rollenverhalten, das die Rekrutierten und Selektierten aufgrund ihrer karrierefördernden Eigenschaften und Erfahrungen sich angewöhnt haben und über welche das Funktionieren eines politischen Systems mit seinen Rekrutierungsprozessen inhaltlich rückgekoppelt ist. Nur knapp sei auf die wesentlichen Prägefaktoren der Rekrutierungsprozesse verwiesen. Wesentlich sind zunächst einmal die Voraussetzungen dafür, überhaupt rekrutiert zu werden: Wem steht überhaupt *formal* der Weg in politische Ämter frei? Wer kann ihn *faktisch* ge-

¹ Herzog, Politische Karrieren, 1975, S. 36f.

² Seligman, Lester G.; Recruiting political elites. Vgl. auch Marvick, Dwaine: Continuities in recruitment theory and research: toward a new model, in: Eulau, Heinz/Czudnowski, Moshe M., Hrsg.: Elite recruitment in democratic polities. Comparative studies across nations, New York u. a. 1976, S. 29–44.

hen? Wer *will* ihn gehen? Für wen ist es angesichts einer gegebenen Struktur politischer Rollen und ihres Anforderungsprofils überhaupt *attraktiv*, ein politisches Amt anzustreben?

Unter den Prägefaktoren *praktischer* Rekrutierbarkeit sind zunächst zu erwähnen der soziale Status eines potentiellen Aspiranten, der immer wieder eine Voraussetzung erfolgreicher Selektion ist, sowie sein – auch statusbegründender – Ausbildungsstand. Vor allem wird das Rekrutierungsverhalten aber beeinflusst vom Verhältnis zwischen den Risiken einerseits und den Vorteilen andererseits, die eine politische Laufbahn vermutlich mit sich bringen mag.

Unter den beim Weg in die Politik zu bedenkenden Risiken sind wiederum drei hervorzuheben: die Ungewißheit darüber, ob aus ersten und oft dennoch schon relativ aufwendigen Anfängen sich überhaupt eine politische Laufbahn entwickeln mag; die Wahrscheinlichkeit, bei der jeweils nächsten Runde im politischen Wettbewerb zu gewinnen oder zu verlieren; und die antizipierten Kosten des politischen, sozialen oder persönlichen Statusverlustes im Fall einer Niederlage. Deren Kosten hängen wiederum mit der Verfügbarkeit oder dem Fehlen von ‚Auffangpositionen‘ oder ‚Gratifikationen‘ für ab einer bestimmten Ebene gescheiterte Bewerber zusammen. Werden politische Niederlagen gar negativ sanktioniert, etwa durch Gunstentzug der Machthaber oder durch irgendeine Spielart von Siegerjustiz, so muß der aus politischen Ämtern zu ziehende Gewinn schon sehr groß sein, um zum Eingehen derartiger Risiken überhaupt zu verlocken. Alles in allem senken demokratische politische Systeme die individuellen Kosten der Teilnahme am Rekrutierungsprozeß, während autoritäre Regime sie erhöhen. In den letzteren sind dafür in der Regel die aus einem politischen Amt zu ziehenden Vorteile ungleich größer als in freiheitlichen Verfassungsstaaten.

Hinsichtlich des Rekrutierungsprozesses erlauben es vier Gruppen von Fragen, die Vielfalt jeweils individueller Konfigurationen selektierender Merkmale analytisch zu durchdringen:

- Erstens: Von wem wird selektiert? Welche Rolle spielen Parteien, Interessengruppen, Subkulturen, Primärgruppen, Massenmedien, die Wähler?
- Zweitens: Anhand welcher Kriterien wird selektiert? Welche Rolle spielen dabei zugeschriebene Kriterien wie Herkunft oder Status im Vergleich zu erlangten Kriterien wie der Kompetenz auf politisch relevanten Gebieten? Welche Eigenschaften potentieller und erfolgreicher Bewerber optimiert dabei das jeweilige Selektionssystem, und mit welchen Folgen für das politische Gesamtsystem?
- Drittens: Welche Rekrutierungsmechanismen dominieren im jeweiligen System? Welche Rolle spielen Kooptation, faktische Ernennung, quasi-bürokratischer Aufstieg oder Selbstbewerbung? Wie wirkt sich das jeweilige Wahlsystem auf Rekrutierungsanreize und Selektionsbedingungen aus?
- Viertens: Wie sieht die politische Rollenstruktur aus, für die rekrutiert und selektiert wird? Mit welchen politikfernen Berufen muß sie um qualifizierte Personen konkurrieren, und wie besteht sie in dieser Konkurrenz? Welche Wege *muß* man oder darf man *nicht* einschlagen, wenn man politisch weiterkommen will?

Den Rekrutierungsprozeß insgesamt prägen sodann in demokratischen Systemen,

wie sie sich seit dem Ersten bzw. Zweiten Weltkrieg herausgebildet haben, in der Regel vier Faktoren:

- Erstens das Ausmaß und der Zuschnitt des Parteienwettbewerbs, was beides großen Einfluß hat auf die Eigenschaften der reüssierenden Kandidaten, und zwar einesteils über die Art von Vernetzungszwängen hin zu gesellschaftlichen Gruppen und andernteils über die erforderliche Rolle von Parteiidentifikation und Parteisolidarität. Den Parteienwettbewerb wiederum formen ganz wesentlich die Struktur des Regierungssystems und das benutzte Wahlrecht.
- Innerhalb von politischen Systemen mit starken Parteien ist der zweite Prägefaktor der Grad der Machtkonzentration innerhalb der jeweils rekrutierenden und selektierenden Partei, da er jeweils unterschiedliche Strategien des parteiinternen Aufstiegs ratsam macht.
- Drittens prägt die Rekrutierungsmuster die soziale Homogenität oder Heterogenität der Wählerschaft der Partei oder im Wahlkreis des potentiellen Kandidaten, da hiervon ganz wesentlich abhängt, welche kommunikativen Fertigkeiten den Erfolg des Bewerbers wahrscheinlicher oder weniger wahrscheinlich machen.
- Vierter Prägefaktor ist die Art und Anzahl von Stufen sowie Hürden, die es im Rekrutierungsprozeß zu nehmen gilt. Handelt es sich um viele und mühsam zu nehmende, dann müssen nämlich die materiellen oder immateriellen Vorteile einer politischen Laufbahn im Vergleich zu jenen Gratifikationen, die Berufe außerhalb der Politik bieten, schon sehr groß sein, um überdurchschnittlich qualifiziertes Personal für die Übernahme politischer Ämter zu gewinnen.

Wenn nach Abschluß so mannigfaltig geprägter Rekrutierungs- und Selektionsprozesse Personen in politische Funktionen und öffentliche Ämter gelangt sind, dann kommt es faktisch zum Test der Tauglichkeit und Funktionalität der Rekrutierungs- sowie Selektionsmuster. Die entscheidende Frage lautet: Gelang es, jenes Personal an die Schaltstellen der Macht, u. a. also in die weiteren Aufstieg befördernden Parlamente zu bringen, das in der Lage ist, komplexe Gesellschaften mit schwierigen Problemen kompetent zu regieren? Wurden jene zu Politikern, die durch Entfaltung von Effizienz und kommunikativ bewerkstelligter Transparenz dem politischen System seine Legitimität zu sichern vermögen?³ Denen man nicht schlechterdings alles, sondern die Sorge um das Gemeinwohl zutraut? Antworten auf diese Fragen sind der entscheidende Test auf die Adäquanz politischer Rekrutierungsmechanismen, und eine Gesellschaft tut gut daran, immer wieder deren qualitative Leistungsfähigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern.

II. Die Rekrutierungspraxis im internationalen Vergleich

Wie verläuft nun, im internationalen Vergleich, angesichts so komplexer Prägefaktoren, die Rekrutierung von Parlamentariern? Selbstverständlich läßt sich im folgenden der

³ Hierzu siehe Oberreuter.

Vergleich nicht anhand eines so komplexen Rahmenwerks, wie es etwa Seligman bereitstellte, durchführen. Für den hier verfolgten Zweck wird vielmehr auf jene vereinfachte Schematisierung von Rekrutierungsfaktoren zurückgegriffen, die Yves Mény⁴ in seiner großen vergleichenden Systemanalyse westlicher Demokratien benutzte. Nach ihm lassen sich zwei grundlegende Dimensionen der Abgeordnetenrekrutierung unterscheiden:

- die Auswahl der Kandidaten kann eher auf nationalem oder eher auf lokalem Niveau erfolgen, womit eine unterschiedliche Rolle des parlamentarischen Zugangswegs ‚Partei‘ einhergeht;
- und der Auswahlprozeß kann eher offen oder eher geschlossen sein, also das demokratische Prinzip gleichen Zugangs zu öffentlichen Ämtern mehr oder minder effizient konkretisieren.

Aus Zeitgründen muß sich im folgenden der internationale Vergleich in seinen expliziten Bezugnahmen auf einige wenige politische Systeme beschränken, vor allem auf Deutschland, Österreich, Frankreich, Großbritannien und die USA.

1. Rekrutierung und lokale Bindung der Abgeordneten

Selten erfolgt die Auswahl von Kandidaten rein auf lokalem oder rein auf nationalem Niveau. In den meisten westlichen Demokratien spielt indessen die nationale Ebene die wichtigere Rolle. Vor allem *lokal* erfolgt die Kandidatenrekrutierung in den USA, wo die Parteien als *nationale* Parteien kaum existent sind, sondern letztlich aus Koalitionen von Parteiorganisationen auf Staaten- oder lokaler Ebene bestehen und Wahlrecht wie Nominierungsverfahren von Staat zu Staat stark differieren.⁵ Einflußnahmen der nationalen Parteiorganisationen sind bei den Kongreßwahlen für die Kandidatenrekrutierung und Nominierung hochgradig kontraproduktiv, und bei der Aufstellung von Bewerbern für die Sitze in den Staatenparlamenten sind die informellen lokalen Auswahlprozesse sogar noch wichtiger.

Frankreich liegt in der Mitte des Kontinuums. Zwar war die Auswahl der Kandidaten, vor allem unter den rechten Parteien, lange Zeit die Domäne lokaler Notabeln. Allein die zentralisierte kommunistische Partei wich von diesem Schema ab, während sogar die SFIO ihre regionalen Führer hatte und im Zentrum, bei den Radikalen und Unabhängigen, hochgradige Personalisierung und lokale Auswahlgesichtspunkte die Regel waren. Doch mit der Festigung der V. Republik und der zunehmenden Bipolarisierung der politischen Lager gewannen mehr und mehr nationale Auswahlgesichts-

⁴ Siehe Yves Mény, *Politique comparée: Les démocraties*, Paris 1993, S. 168–189. Auf dessen Befunden beruhen auch die meisten globalen Aussagen, die im folgenden getroffen werden. Neben der gesondert zitierten Spezialliteratur sei für den Fall Österreichs ferner verwiesen auf Stirnemann, Alfred: Rekrutierung und Rekrutierungsstrategien, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz, Hrsg.: *Das österreichische Parteiensystem*. Wien/Köln/Graz 1988, S. 599–643.

⁵ Siehe hierzu etwa Harris, Fred R./Hain, Paul L.: *Nomination and election of American legislators*, in: dies., *America's legislative process, congress and the states*, Glenview, Ill. 1983 S. 87–124.

punkte die Oberhand. Zu unabhängige Kandidaten sahen sich leicht mit ‚parachutés‘ konfrontiert, Bewerbern also, die von den nationalen Parteiführungen wie mit dem Fallschirm in der Provinz abgesetzt wurden. Vor allem die Gaullisten wirkten hier beispielgebend. Mit dem ‚rationalisierten‘ Parlamentarismus der V. Republik gewann überdies zunächst die Fraktionssolidarität große Bedeutung und sodann die Neigung der Wähler, ihre Stimme vor allem dem ‚offiziellen‘ Kandidaten der Partei ihrer Wahl zu geben. Allerdings spiegeln sich in den Wahlvorschlägen trotzdem meist die lokalen Personal- und Machtverhältnisse. Die Aufstellung für die Senatswahlen verbleibt in Frankreich ohnehin, von der Kandidatenaufstellung für die Nationalversammlung unberührt, fast ausschließlich eine lokale Domäne.

In Deutschland ist die langjährige lokale bzw. regionale Verankerung in einer Parteiorganisation, die ihrerseits oft den Weg über kommunalpolitische Betätigung voraussetzt, in der Regel die zentrale Voraussetzung einer erfolgreichen Kandidatur zu einem parlamentarischen Mandat. Nur in Ausnahmefällen gelingt es Parteiführungen auf Landes- oder Bundesebene, prominente Bewerber gleich französischen ‚parachutés‘ den örtlichen Nominierungsgremien akzeptabel zu machen. Beispiele hierfür sind bei den Sozialdemokraten der Abgeordnete Schily, ehemals Mitglied der GRÜNEN, und der ehemalige FDP-Parlamentarier Verheugen. Doch selbst im Normalfall einer Rekrutierung aufgrund einer lokalen bzw. regionalen Machtbasis gilt, daß eben diese Machtbasis nicht im Widerspruch zur *Gesamtlinie* der eigenen Partei gewonnen werden kann. Vielmehr wirken als Katalysatoren des Aufstiegs zur Kandidatur informelle Kooperationsprozesse, was den Rekrutierungsprozeß zu einem eben keineswegs *rein* lokalen macht. Die besondere Rolle der Landeslisten beim Bundeswahlrecht und die Personalisierung des Verhältniswahlrechts führt dann freilich wiederum zu einer Abminderung des Einflusses vor allem der Bundesebene der Parteien, doch dann auch der Landesebene. In den neuen Bundesländern war bei der Rekrutierung der ersten Generation freigeählter Parlamentarier dies alles zwar ganz anders; doch diese atypischen Bedingungen und Abläufe werden sich keineswegs wiederholen.

In Großbritannien⁶ und Italien werden lokale und nationale Selektionsmechanismen zwar ebenfalls miteinander kombiniert; letztlich dominiert aber die nationale Ebene. Die italienischen Parteien müssen – oder mußten – bei der Kandidatennominierung allerdings den parteiinternen Einfluß lokaler Barone berücksichtigen, was – wie im angesprochenen deutschen Fall – trotz allem für enge lokale Bindungen des künftigen Abgeordneten sorgte.

In Großbritannien schlägt sich die Dominanz der nationalen Ebene in der häufigen Interpretation von Nachwahlen als nationalen Testwahlen nieder. Ohnehin wird dort von Abgeordneten nicht verlangt, daß sie in jenen Wahlkreisen wohnen, für die sie kandidieren, was in Deutschland von den großen Parteien nur in Ausnahmefällen akzeptiert wird. Der erste wichtige Selektionsschritt besteht darin, auf die Liste der von

⁶ Speziell zu Großbritannien vgl. auch Radice, Lianne/Vallance, Elizabeth/Willis, Virginia: Member of Parliament. The job of a backbencher, London 1990, Kap. 3: ‚Getting in‘, S. 24–43.

einer Partei akzeptierten Kandidaten zu gelangen, was Gespräche mit der Parteiführung und im Fall der Konservativen auch zwei Bürgen, in der Regel selbst Unterhausabgeordnete, erfordert. Bei der Labour Party wird die Zustimmung des National Executive Committee verlangt. Sodann ist es nötig, in einem Wahlkreis als Kandidat aufgestellt zu werden. Zwischen 1918 und 1966 wurden dann knapp zwei Drittel der Bewerber schon bei ihrer ersten Kandidatur gewählt; bis 1974 war die Rate aber auf knapp die Hälfte gefallen. Inzwischen muß jeder fünfte MP zweimal kandidieren, bevor er ein Mandat erhält, und bei wechselnden Wahlkreisen, in denen er aufgestellt wird, mindert dies den Wert vorgängiger örtlicher Bindungen erst recht. Allerdings vertreten die meisten britischen Parlamentarier während ihrer gesamten Karriere nur einen einzigen Wahlkreis, was anschließend zu engeren örtlichen Bindungen führen kann.

Alles in allem zeigt sich in den westlichen Demokratien ein wichtiger Unterschied in der *Art* der lokalen Verankerung der Abgeordneten, die im Lauf des Rekrutierungs- und Selektionsprozesses entsteht. In Deutschland ist so gut wie immer Bewährung an der Basis in Partei wie Kommunalpolitik die Vorbedingung einer aussichtsreichen Kandidatur, und die Abgeordneten selbst schätzen dem Mandat vorangegangene kommunalpolitische Aktivität als sehr wichtig und nützlich ein. In den USA hingegen geht einem Mandat im Kongreß selten eines in einem Staatenparlament oder auf lokaler Ebene voraus. Vielmehr führt die Position eines Bürgermeisters eher in eine politische Sackgasse, die allerdings, natürlich, auch der politische Zielhafen eines Politikers sein kann. Der Kontakt zur regionalen und lokalen Ebene wird statt dessen aufrechterhalten durch die außerordentlich enge Wahlkreisbindung der meisten amerikanischen Abgeordneten, welche ihnen das Mehrheitswahlrecht in Verbindung mit schwachen Parteistrukturen auferlegt.

Auch in Großbritannien gibt es vielfach einen Parallelismus von nationalen und kommunalen politischen Karrieren anstelle einer Abfolge vom kommunalen Mandat hin zum landesweiten oder nationalen, wie es für Deutschland typisch ist. Zwar ist kommunalpolitische Betätigung durchaus einer der britischen Rekrutierungskanäle neben der Herkunft aus dem Parteiapparat und – bei der Labour Party – den Gewerkschaften. 1983, als der Höhepunkt der Nutzung dieses Rekrutierungsweges festgestellt wurde, hatten 48% der Labourabgeordneten – und fast 65% der Parlamentsneulinge – einen kommunalpolitischen Hintergrund; bei den Konservativen lagen damals die entsprechenden Zahlen mit 38% bzw. 52% deutlich niedriger. Doch diese Werte liegen klar unter den deutschen, sieht man vom atypischen Fall der Parlamentarier aus den neuen Bundesländern ab.

In Frankreich wiederum stellt die *Kumulierung* von Mandaten – Bürgermeister, Conseiller Général und Abgeordneter oder Senator – den kulturell tief verwurzelten Standardtyp dar. Wer als Parteiaktivist, hoher Beamter oder als aus den Grandes Écoles hervorgegangener Technokrat eine politische Karriere anstrebt, versucht sich eben diesen Weg durch derartige Wahlmandate zu erleichtern. Das gilt auch für seiteneinsteigende Regierungsmitglieder, die – in Frankreich aufgrund der Inkompatibilität stets ohne Parlamentssitz – „durch eine nachträgliche ‚demokratische Salbung‘ ihr politisches Gewicht erhöhen und die Kontinuität ihrer politischen Laufbahn abzusichern

suchen“.⁷ Während in Deutschland zumindest von den Bundestagsabgeordneten jene kommunalen Mandate allmählich abgegeben werden, die man im Lauf seines politischen Aufstieges ausübte, da eben die bleibende Verankerung in den Kreisverbänden der eigenen Partei die Verbindung zur Basis sichert, stellt in Frankreich in erster Linie eben die *Aufrechterhaltung* oder gar erst der *Erwerb* kumulierter Mandate diese Verbindung sicher.

2. Offenheit und Geschlossenheit der Rekrutierungswege

Kommen wir nun zu Ménys zweiter Unterscheidungsdimension, die ihrerseits sehr komplex ist. Eher offen oder eher geschlossen, eher gleichen oder eher spezifisch privilegierten Zugang zu parlamentarischen Mandaten gewährleistet können die Rekrutierungsmechanismen zunächst hinsichtlich der *formellen Verfahrensabläufe sein*, mit denen man den Status eines Kandidaten erwirbt. Mit Ausnahme der USA sind die formellen Vorbedingungen einer Kandidatur in den westlichen Demokratien selten sonderlich schwer zu erfüllen. Freilich wirken Anforderungen ausgrenzend wie die französische, vor einer Kandidatur erst den Wehrdienst abgeleistet haben zu müssen, oder die britische, nach welcher die Mitglieder des Civil Service, der Polizei, der Streitkräfte oder Richter zwischen ihrem Amt und einer Kandidatur wählen müssen.

Faktisch, wenn auch meist nicht vom *Prinzip* her, ist ansonsten in den europäischen Staaten die zentrale Vorbedingung einer Kandidatur die Zugehörigkeit zu einer Partei. Allerdings kann im Einzelfall das Bestreben, die Attraktivität einer Wahlliste zu steigern, auch zur Aufstellung von Persönlichkeiten gerade ohne formelle – doch sehr wohl mit faktischer – Parteibindung führen. Ein Beispiel hierfür war in Frankreich die häufige Praxis der Gaullisten, aus hohen Verwaltungsposten rekrutierte Minister anschließend mit Wahlkreisen zu versehen und an der Basis dann von deren Prestige zu zehren. Doch die europäische Regel geht dahin, daß das leicht zu erlangende formelle Kriterium der Parteimitgliedschaft äußerst restriktive informelle Prozesse der *parteiiernen* Rekrutierung und Selektion nach sich zieht und faktisch zu hochgradig geschlossenen Rekrutierungsmechanismen führt. Für die Abgeordneten – im Fall Österreichs: für fast 90%!⁸ – gilt dann: „Most M. P. s are selected, not elected“.⁹ Statt des Volkes als Elektorat wirken dabei die Nominierungsgremien der Partei als ‚Selektorat‘. Das Wissen darum wirkt natürlich auf die den Nominierungsprozessen vorangehenden Beziehungen eines potentiellen Bewerbers zur eigenen Partei solidaritäts- und loyalitätssichernd voraus.

Insgesamt wird hier hin auf den Parlamentarier als lokalen, regionalen oder nationalen Parteiführer selektiert, welch letzterem die politischen Spitzenpositionen vorbehalten sind. Überlagert werden kann dieses auf Machtpositionen *in* der Partei beruhende Rekrutierungsmuster durch den äquivalenten Einfluß, den Bewerber in der Partei *nabe-*

⁷ So Schmitt, Karl: Die politischen Eliten der V. Republik: Beharrung und Wandel, in: APuZ 47/48, 1991, S. 26–36.

⁸ So Stirnemann, a. a. O., S. 608.

⁹ So Butler und King, zitiert nach Mény, S. 170.

stehenden Gewerkschaften wie in Großbritannien oder durch die Zweck- und Nebenorganisationen der Partei wie in Österreich aufgebaut haben.

In den USA wiederum wirken bei Kongreßwahlen recht komplexe formelle und prozedurale Zugangsvoraussetzungen für die Kandidatur auf den Rekrutierungsmechanismus ein. Vor allem ist es die große Unterschiedlichkeit der nominierungs- und wahlbezogenen Regelungen in den amerikanischen Einzelstaaten, die in ihrer Gesamtheit der Entstehung weiterer Parteien – und somit weiterer Rekrutierungskanäle – ein schwer unüberwindbares Hindernis in den Weg stellen. Um bei Kongreßwahlen zu reüssieren, bedarf es in den USA faktisch *solcher* Parteistrukturen, die den prozeduralen Gegebenheiten der *Einzelstaaten* angepaßt und somit *hochgradig individualisiert* sind, dennoch aber miteinander vernetzt und von Zusammengehörigkeitsgefühl geprägt sind. Solche Parteistrukturen unter Konkurrenz mit den beiden etablierten Parteien in allen Einzelstaaten neu zu schaffen, ist faktisch kaum mehr möglich. Stehen also letztendlich nur *zwei* Rekrutierungskanäle offen, so ist es vorteilhaft, das System so zu organisieren, daß *wer immer will ohne* lange und intensive Parteibindung unter den Fahnen der einen oder anderen Partei kandidieren kann, falls er sich – in umstrittenen Fällen – eben als deren Kandidat durchsetzt. Gerade dieses System, das von den *Wählern*, nicht aber von den Amtsinhabern einer *Partei* abhängig macht, ist natürlich für potentielle Neubewerber, vor allem für kapitalkräftige Seiteneinsteiger, recht offen. Selektiert wird hier praktisch – mit deutlichen Unterschieden zum europäischen Fall – nach öffentlichkeitswirksamem Kommunikationsgeschick, nach Kompetenzen des *fund raising*, und nach der Fähigkeit, ad hoc Wahlkampforganisationen aufzubauen und für eine kurze Dauer zusammenzuhalten. Faktisch entstehen dergestalt Parlamente mit einer Zusammensetzung aus reichen Einzelpersonen, die politische Erfahrung und Vernetzung ein Stück weit durch den Einsatz von Geld zu substituieren vermögen.

Natürlich wird am amerikanischen Fall kenntlich, daß informelle und außerhalb des politischen Systems angesiedelte Zugangsmechanismen zur Kandidatur längst gegriffen haben, bevor die formellen Zugangsmechanismen ihre Wirkung entfalten. Sie grenzen die Rekrutierungsbasis sehr stark sozial ein, sind die Selektionsmerkmale doch allesamt eng mit Herkunftsschicht und Ausbildung verbunden. Doch keineswegs ist die Rekrutierung auf den Bereich eines schon selektierten Kreises von politischen ‚Proto-Professionals‘ eingeschränkt, wie dies für die europäischen Staaten typisch wurde. Hier ist nämlich faktisch der Wettbewerb um eine Kandidatur im wesentlichen denen vorbehalten, die längst zu Parteipolitikern wurden und nun eben eine entscheidende neue Stufe eines langen Rekrutierungs- und Sozialisierungsprozesses erreichen.

Sowohl in Systemen mit schwachen als auch mit starken Parteien wird der innerparteiliche Wettbewerb um eine Kandidatur natürlich davon geprägt, ob es sich bei der zu besetzenden Kandidatur um eine ‚sichere‘ oder ‚unsichere‘ handelt. Je nach Wahlrecht geht es dabei um die Erlangung eines Wahlkreises oder eines Listenplatzes, und eine durchaus simple *rational choice*-Logik führt in der Regel dazu, daß unabhängig von allen sonstigen Rekrutierungsmechanismen sich der Wettbewerb im wesentlichen auf die für sicher gehaltenen Kandidaturen beschränkt. Dies wiederum kann zu einem starken Kontrast zwischen einem heftigen Wettbewerb *vor* der Nominierung und kaum

einem bei der eigentlichen, doch wegen fast sicherer Erfolgsaussichten nun uninteressant gewordenen Wahl führen. In den USA entfällt der Wettbewerb nicht selten schon in der Phase der Vorwahlen: nur bei 40% der Vorwahlen für Kongreßkandidaturen gibt es überhaupt Wettbewerb, und der Prozentsatz sinkt noch, wenn der Mandatsinhaber wieder antritt.¹⁰ In politischen Systemen mit starken Parteien und Verhältniswahlrecht wie in Deutschland und Österreich wird der innerparteiliche Selektionswettbewerb nicht selten dadurch gemindert, daß Kandidaturen auf sicheren Listenplätzen durch vorgängige Kandidaturen auf aussichtslosen Plätzen gewissermaßen ‚ersessen‘ werden, was die Chancen von Seiteneinsteigern natürlich äußerst mindert.

Ein nicht ganz seltener Auswahlmodus kann dies freilich konterkarieren, indem er im Prinzip eingeschränkte Rekrutierungsstrukturen, sie öffnend, überlagert. Dies ist dann der Fall, wenn Parteien eine bewußte Nominierungspolitik betreiben. Im Kern geht es jeweils darum, unter normalen Konkurrenzbedingungen leicht wegselektierte Personen dennoch mit aussichtsreichen Kandidaturen auszustatten, um neue Wählerschichten anzuziehen oder um die nominierende Partei mit einem bestimmten Profil zu versehen. Im Fall der österreichischen ÖVP gibt beispielsweise das sogenannte ‚Bundespräzipuum‘ dem Bundesparteiohmann die Möglichkeit, über die Besetzung von 10% der laut den letzten Nationalratswahlen zu erwartenden Mandate in der Weise zu verfügen, daß die Bewerber „an wählbarer Stelle zu reihen“ sind.¹¹ Anhand funktionaler Äquivalente achteten z. B. kommunistische Parteien meist auf einen nennenswerten Arbeiteranteil. Unter dem Einfluß ethnischer, feministischer oder ökologischer Bewegungen haben sich analoge Kooptierungsversuche eingebürgert, dank welcher bestimmte Wählerschichten gezielt angesprochen werden sollen. Doch selbst in den USA, wo diese Bewegung am stärksten war, blieben die Ergebnisse in der Rekrutierungsbilanz wenig beeindruckend, und der französische Conseil Constitutionnel erklärte Quotenregelungen, wie sie auf der deutschen Linken populär sind, bei Kommunalwahlen gar für verfassungswidrig. In Deutschland scheint sich – auch ganz unabhängig von Quotierungsfragen – derzeit zwar die Vermutung auszubreiten, daß die auf Parteiaktivisten verengten Rekrutierungsstrukturen das prinzipiell verfügbare Potential an tüchtigen Parlamentariern nicht auszuschöpfen vermögen, weswegen über die Erleichterung aussichtsreicher Kandidaturen von Seiteneinsteigern nachgedacht wird. Die starke *Lokalisierung* der Nominierungspraxis wird diese Möglichkeiten aber ziemlich limitieren.

Ohnehin lassen sich die so wichtigen sozialen Prozesse, welche selbst formell offene Rekrutierungswege spezifisch verlegen, durch institutionelle oder organisatorische Maßnahmen kaum unterbinden. Zu handeln ist hier zunächst von jenen sozialen Prozessen, die von den für den Einstieg in eine politische Karriere so wichtigen Merkmalen der *Abkömmlichkeit* an der Arbeitsstelle und der *freien Verfügbarkeit über die eigene Arbeitszeit* abhängen. Die Entwicklung hin zum *Berufsparlamentarier* zog dergestalt den Niedergang sowohl des Honoratiorenparlamentarismus als auch der Präsenz von Freiberuflern in den Parlamenten nach sich. Spiegelbildlich führten Arbeitsplatzsicher-

¹⁰ Siehe Harris/Hain, *Nomination*, a. a. O., S. 90.

¹¹ Siehe Stirnemann, a. a. O., S. 610.

heit sowie Abkömmlichkeit vom Arbeitsplatz in Staaten mit einem ausgedehnten und politische Tätigkeit ermöglichenden öffentlichen Dienst zu steigenden Anteilen öffentlich Bediensteter in den Parlamenten, wobei es aufgrund ihres Arbeitsprofils zumal für Lehrer eine Sonderprivilegierung zu geben scheint.

Ferner folgenreich ist die relative Attraktivität eines Parlamentsmandates im Vergleich zu anderen biographischen Entfaltungsmöglichkeiten. Vor allem ist es die Verbindung des *Arbeitsprofils* eines Abgeordneten samt den dafür erhältlichen *Amts- und Nebenbezügen*, die mit beruflichen und finanziellen Alternativen verglichen werden muß. Dieser Vergleich ist zumal in Europa wichtig, wo das für die USA nicht unübliche Wechseln zwischen politischen und außer-politischen Funktionen eher selten ist. Faktisch hat die Entwicklung dazu geführt, daß politische Mandate für Oberschichtsangehörige unattraktiv sind und der Weg in die Politik besondere Sogkraft für die Mittelschicht hat, deren Angehörige sich aufgrund ihres sozialisatorischen Hintergrundes gegen Schichtenniedrigere in der Regel durchsetzen können. Sogar in den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, den wichtigsten Rekrutierungskanälen für Bewerber aus niedrigeren Schichten, gibt es diesen Mittelschicht-Bias.

Zu den hier einschlägigen sozialen Prozessen gehören ferner jene, welche das mit einem Parlamentssitz verbundene soziale Prestige hervorbringen und prägen. Wenn und solange ein Parlamentsmandat Ansehen bringt, dann werden jene persönlichen Eigenschaften zu einem wichtigen Rekrutierungsmerkmal, die als mit dessen Ansehen vereinbar gelten bzw. deren Besitz es überhaupt zu rechtfertigen scheint, daß eine Person eine Kandidatur anstrebt und ein Mandat erlangt. Natürlich sind die fraglichen Persönlichkeitsmerkmale aber soziale Konstrukte, in denen oft traditionelle Vorstellungen fossilisiert sind. Das britische Phänomen der *Tory workers*, der die Konservativen wählenden Arbeiterschichten, und dessen Erklärung mit dem Konzept des *deferential vote*, ist ein Beispiel dafür. Umgekehrt dürfte langanhaltende Verächtlichmachung von Politikern, wie sie sich unter dem Rechtfertigungsetikett der ‚Politikverdrossenheit‘ in Deutschland seit längerem eingebürgert hat, dazu führen, daß potentiell maßstabsetzende Persönlichkeiten sich für Kandidaturen immer seltener gewinnen lassen, daß dergestalt ein Prozeß des Maßstabverlustes eintritt und aus – wohl überzogener – Kritik schließlich eine sich selbst erfüllende Prophezeiung wird.

Ein wesentlicher weiterer Filter auf dem Weg ins Parlament ist natürlich das System der Finanzierung von Wahlkämpfen. Selbst in Deutschland, wo wohldotierte Parteien die zentralen Akteure im Wahlkampf sind, wird von den Kandidaten, zumal wenn sie bereits ein Mandat innehaben, in großem Umfang der Einsatz privater Mittel für ihre persönliche Werbung erwartet. Faktisch läuft dies auf das Ansparen und die wahlkampfbezogene Verausgabung durchaus auch fünfstelliger DM-Beträge hinaus. Zwar läßt sich nun nicht auf die internationale Vielfalt der rekrutierungsprägenden Wahlkampffinanzierung eingehen. Verwiesen sei aber doch auf den britischen und auf den amerikanischen Fall.¹² In Großbritannien werden seit dem Maxwell Fyfe Report die

¹² Vgl. Harris/Hain, *Nomination*, a. a. O., S. 101–108.

von einem Kandidaten seiner Partei zur Verfügung gestellten Beträge strikt kontrolliert, so daß es in der Tat vor allem die Partei ist, die den Wahlkampf finanziert. Dies mindert zweifellos den Selektionsvorteil persönlichen Reichtums. In den USA hingegen gibt es keine Plafondierung der einsetzbaren persönlichen Finanzmittel, was reiche Bewerber auf das äußerste privilegiert. Wer freilich öffentliche Gelder in Anspruch nehmen will, dem erlegt schon die Phase der Vorwahlen einen mehrfachen Test seiner Fähigkeiten auf, der Öffentlichkeit bekannt zu werden und – eben auch in Spenden ausgedrücktes – Vertrauen auf seine politischen Fähigkeiten zu erwerben. Nur wer 100 000 Dollar in kleinen Spenden bis zu 5000 Dollar sammeln kann und außerdem in zwei aufeinanderfolgenden Vorwahlen mindestens 10% der Stimmen erhält, bekommt für jede Privatspende aus Bundesmitteln einen gleichen, doch auf 250 Dollar plafonierten Betrag, was breitgestreutes *going public* und *fund-raising* anrät. Insgesamt darf also gerade die Wirkungsweise der vielfältigen *ökonomischen Basis* der Rekrutierungsmechanismen im internationalen Vergleich keineswegs unterschätzt werden.

Betrachtet man die verschiedenen politischen Systeme hinsichtlich der Offenheit oder Geschlossenheit ihrer Rekrutierungsmuster zusammenfassend, so zeigt sich: *Diesseits* einer Zone stark abnehmenden persönlichen Grenznutzens politischer Aktivität, in welcher sich freilich nur die Oberschicht befindet, privilegiert – im Durchschnitt genommen – bei der Rekrutierung in die Parlamente eine Vielzahl gesellschaftlicher Privilegien. Diese Privilegien sind zwar heterogen und variieren von System zu System. Im Kern handelt es sich aber stets um finanzielle Besserstellung, um achtbare soziale Positionen, um bildungsmäßige Kompetenzvorsprünge, und nicht zuletzt um die Leichtigkeit, mit der sich berufliche und politische Tätigkeit aufgrund der gewonnenen beruflichen Position vereinbaren lassen. Schon im Rekrutierungsprozeß ist in den westlichen Demokratien weitestgehend die Zeit der Amateure vorbei, und bereits auf dem Weg zum Mandat tut man gut daran, zum machtkumulierenden Kommunikationsspezialisten zu werden.

Vor allem aufgrund dieser überall recht ähnlichen Voraussetzungen eines erfolgreichen Weges ins Parlament ist zu erklären, warum es – trotz aller Unterschiede der Rekrutierungswege – in den westlichen Demokratien¹³ so große Ähnlichkeiten unter den tatsächlich gewählten Parlamentariern gibt. Mit nur relativ wenigen Ausnahmen gelangen nämlich in die Parlamente Männer in ihren besten Jahren, die aus den mittleren Schichten stammen, ein gutes Bildungsniveau haben und längst professionelle Politiker geworden waren, bevor sie nun nicht nur *für* die Politik, sondern auch *von* ihr leben können. So wichtig im einzelnen auch die von Staat zu Staat stark differierenden Rekrutierungsmuster sind, führen sie doch zu recht ähnlichen Ergebnissen. Außerdem schleift die Funktionslogik der Arbeit eines Parlamentariers, auf die er sich einlassen muß, will er nicht wirkungslos werden, die Rekrutierten zurecht und gleicht sie einander an. Das zumindest zeigt eine von mir durchgeführte Untersuchung der ersten

¹³ Nicht ganz so verhält es sich freilich im auch die Dritte Welt einbeziehenden Vergleich; siehe hierzu die Befunde in Kim, Chong tim/Patterson, Samuel C.: Parliamentary elite integration in six nations, in: Comparative Politics 20, 1987, S. 379–399. Freilich ist der Vergleichs Gesichtspunkt der Autoren vor allem der Grad der Homogenität anderer Elitegruppen als der parlamentarischen: diese weist eine geringere Homogenität auf.

Generation frei gewählter Parlamentarier in den neuen Bundesländern. Obwohl deren Rekrutierungswege sich fundamental von denen ihrer westdeutschen Kollegen unterschieden, desgleichen ihr biographischer und sozialisatorischer Hintergrund, waren sie doch schon nach wenigen Monaten den westdeutschen Abgeordneten nach Amtsverständnis und Amtsausübung sehr ähnlich. Die Ursache war durchaus nicht ein einfaches Nachahmen, sondern vor allem die rasch gewonnene Einsicht, nach welchen Spielregeln das System, in dem man handelt, funktioniert und wie man sich darum in ihm zu verhalten hat. Folglich ist Rekrutierung wohl zwar ein wichtiger Prägefaktor der Leistungsfähigkeit eines politischen Systems; seine positive wie negative Wirkung wird aber sicher überlagert von der Prägekraft der Funktionslogik des institutionellen Settings, in dem die Rekrutierten sodann zu agieren haben.

III. Die Rekrutierungspraxis der Parlamente und ihre Folgen in den Augen deutscher Parlamentarier

Wie sind nun die Wege und Resultate der Rekrutierung von Parlamentariern zu bewerten? Bleiben wir beim deutschen Fall, und betrachten wir ihn aus der Perspektive der Akteure, denen ja – unter praktischem Erfolgsdruck – die den Rekrutierungsprozessen geschuldeten Defizite ihrer Kollegen deutlich auffallen dürften. Bei einer 1989 von mir in Bayern durchgeführten Interviewstudie äußerten sich 25 Abgeordnete – 15 MdL, 8 MdB und zwei MdEP¹⁴ – zur Frage, welche Schwierigkeiten sie bei der Rekrutierung von Abgeordneten sähen. Die wichtigsten dabei erwähnten Problembereiche waren die folgenden:

Erstens seien die Möglichkeiten geschwunden, attraktive Persönlichkeiten aufgrund ihrer Betätigung im vorpolitischen Raum für die Übernahme von Kandidaturen zu rekrutieren. Früher habe es größere Bereitschaft gegeben, sich gesellschaftlich zu engagieren, und aus diesem Reservoir konnten die Parteien schöpfen. Inzwischen sei dieses Potential aufgrund zunehmender Individualisierung aber stark ausgetrocknet,¹⁵ und dies wiederum habe „nun auch diese Typen verschwinden lassen, auf die sonst die Öffentlichkeit und die Parteien aufmerksam geworden sind. ... Und nun verfallen die Parteien mehr und mehr in den Fehler, eben ihre Aktivisten herauszustellen“.

Zweitens ist es eben das faktische Rekrutierungsmonopol der Parteien, das sich in den Augen von Abgeordneten – ohne daß eine Alternative sichtbar würde – nachteilig auswirkt. Eben weil – wie es ja durchaus auch erwünscht war – alle Parteien inzwischen den Charakter von Wahlvereinen abgestreift haben, erwerben ihre Aktivisten eben durch ihre Parteiarbeit gewissermaßen *Anrechte* auf bevorzugte Berücksichtigung bei

¹⁴ Darunter 14 von der CSU, zehn Sozialdemokraten und ein Parlamentarier der FDP.

¹⁵ Vgl. folgende Aussage: „Das ist das Problem, ... [daß] der Individualismus und die mehr gewonnene Freizeit immer mehr dazu dient, sein eigenes Leben selbst zu gestalten, als sich für die allgemeinen Sachen zu engagieren. Und das macht es dann schwer, auch geeignete Personen für solche Mandate zu finden. Weil derjenige, der meint, er kann das dann mit links machen – so als Nebenbei-Betätigung, weil man da angeblich Ansehen oder viel Geld hat – der wird Schiffbruch erleiden“.

der Nominierung, und verdrängen dadurch Seiteneinsteiger. Das bringt mit sich, „daß an sich die nur noch drankommen, die schon von Anfang an sehr sorgsam auf ihren politischen Werdegang achten“. ¹⁶ Gibt es dann noch lebendige Jugendorganisationen der Parteien, dann werden attraktive Persönlichkeiten, die man – bei Fehlen eines hinreichend großen eigenen ‚Bewerberdrucks‘ – sonst gewinnen und den Wählern präsentieren könnte, erst recht verdrängt. Das Fazit: „Seiteneinsteiger funktioniert nicht. Und zwar deswegen, weil Sie in der Organisation hinreichend viele nicht unqualifizierte Leute haben, die Parteiarbeit machen. Und es mag ja einer, der als Seiteneinsteiger in Frage käme, in der Qualifikation besser sein als der, der die Parteiarbeit mitmacht. Aber der Unterschied ist nicht so exorbitant, daß die Mitglieder in der Partei ... den als Seiteneinsteiger akzeptieren“. Dann freilich ist der Kreis potentiell für das politische System nützlicher und auch verfügbarer Personen auf das äußerste eingeschränkt *und* es bevölkern viele Funktionäre die Parlamente – und *zwar* nicht ohne Kritik daran seitens der Parteien selbst. Ein Abgeordneter beispielsweise spitzte seine Meinung so zu: „Am schlimmsten sind die reinen Funktionärstypen, die aus der Parteifunktion ’rauskommen, weil die Partei hat nie besonders wertvolle Leute eingestellt, weil sie das Geld gar nicht hat“.

Drittens ist der Abgeordnetenberuf aus verschiedenen Gründen heute für viele Bürger schlechterdings unattraktiv. Einesteils liegt das am Profil der Abgeordnetentätigkeit: sie ist ein harter, zeitaufwendiger, das Privatleben einengender Beruf.

Diese Schwierigkeiten wiegt die Abgeordnetenbesoldung trotz aller populären Klagen über ihre Höhe nur sehr bedingt auf. Lediglich bis hin zur mittleren Mittelschicht ist, alles in allem, ein parlamentarisches Mandat *finanziell* attraktiv, und Freiberufler oder Führungskräfte in der Wirtschaft zieht es schon gleich gar nicht an. Hinzu kommt, daß das landläufig gewordene verächtliche Reden über Abgeordnete samt den Belastungen, die eine streitige öffentliche Auseinandersetzung ohnehin mit sich bringt, das Anstreben eines parlamentarischen Mandats für viele unattraktiv macht, denen eben auch an Ansehen und befriedigenden Kommunikationsbeziehungen gelegen ist. „Die hervorragenden Leute, die sagen: Politik ist was Schmutziges; da gehen wir nicht hin. Und dann geht die zweite Garnitur oft. ... Und dann stellt man an diese zweite Garnitur die Anforderungen, die die erste Garnitur kaum erfüllen könnte“ – womit der Teufelskreis der Erzeugung von *Politikerverdrossenheit* in des Wortes *doppelter* Bedeutung geschlossen ist.

Viertens erscheint das Anstreben einer politischen Laufbahn unter diesen Bedingungen oft den falschen Bewerbern als attraktiv. Viele befragte Parlamentarier beklagten, daß immer mehr potentielle Kandidaten nach einem Mandat streben *ohne* zuvor einen festen Beruf ausgeübt, Menschenkenntnis und Lebenserfahrung gewonnen, ohne sich außerhalb der Politik Ansehen erworben zu haben. Diese würden dann verständlicherweise vom Mandat abhängig und seien zum parteiinternen wie öffentlichen Populismus

¹⁶ Dabei wiederum gilt: „Der Apparat [der Parteien] ist heute sehr auf Leute aus, die in der Konsensfindung Meister sind, aber weniger im Profil. ... Und Leute, die also eher auf Profil und Meinungsäußerung ... aus sind, die tun sich in der Partei schwer, und zwar in jeder“.

gezwungen. Allzu viele wollten unbedingt Berufspolitiker werden, und hätten gerade darum als Aktivisten in ihren Parteien alle Chancen tatsächlich nominiert und gewählt zu werden.

Fünftens hätten aufgrund ihrer Abkömmlichkeitsprobleme bestimmte Berufsgruppen ohnehin keine Chancen, in die Parlamente zu gelangen, und gemeinsam mit den auf mangelnde finanzielle Attraktivität zurückgehenden Begrenzungen des Bewerberpools führe dies dazu, daß den Parlamenten wichtiger Sachverstand und wünschenswerte gesellschaftliche Vernetzungen entgingen. ‚Zu viele Beamte, vor allem Lehrer, und zu wenige Freiberufler und Personen aus der Wirtschaft‘ – das ist eine der Faustformeln für die Kritik dieses Resultats der Rekrutierungsprozesse.

Es dürften Abgeordnete in anderen politischen Systemen wohl weitgehend ähnliche Topoi der Kritik an parlamentarischer Rekrutierung anführen, mit klaren Abstrichen bei der Rolle von Parteien im Fall der USA, und ansonsten mit systemspezifischen Ergänzungen und Verlagerungen der Akzente. Nirgendwo wird offenbar ganz befriedigend jenes Personal rekrutiert, das hinsichtlich der Funktionslogik und der normativen Ansprüche des jeweiligen politischen Systems eigentlich zu wünschen wäre. Doch wie ließen sich ausgerechnet im Kernbereich einer konkurrenzorientierten repräsentativen Demokratie, bei der Rekrutierung und Selektion der Repräsentanten, vorab und somit obrigkeitlich andere denn formale Kriterien, die inhaltliche Ergebnisse durchaus *nicht* garantieren, als Voraussetzung der Teilnahme am Streit um Kandidaturen und Mandate durchsetzen? Und gibt es wohl überhaupt irgendeine Institution, der man nicht *besseres* oder *noch* besser qualifiziertes Personal wünschen könnte?

Beide Fragen sollen die parlamentarischen Rekrutierungsprobleme nicht verkleinern. Aber sie legen es nahe, vor einem Urteil über die Qualität von Rekrutierung und Rekrutierten erst einmal die Tauglichkeit von mitunter allzu rasch an die politische Klasse angelegten Beurteilungsmaßstäben zu überprüfen. Tut man dies, so wird man schwerlich um die Einsicht herumkommen, daß auch die besten Rekrutierungsmechanismen dann zu bedauerlichen Ergebnissen führen, wenn in einer Gesellschaft die Übernahme politischer Mandate schlichtweg unter den Verdacht praktizierter Macht- und Habgier gestellt wird, wenn gerade die gesellschaftlich Aktiven ihren Wirkungskreis allzu stark auf den persönlichen Nahbereich einschränken sowie langfristiger Bindung das spontane Engagement in flüchtigen Bürgerinitiativen vorziehen, und wenn das Interesse an der doch Identifikation und Partizipation verlangenden *res publica* zu einem bloß voyeuristischen an deren massenmedialem Abklatsch wird.

‚Stell dir vor, es ist Demokratie, und keiner geht hin‘: so muß man leider *auch* das sich politikverdrossen gebende öffentliche Gerede deuten, so die sinkenden Mitgliederzahlen politischer Parteien, so ihren geringen Organisationsgrad in den neuen Bundesländern, so das Ausbleiben von Kandidaten bei Kommunalwahlen. Die Sorge um die Rekrutierungspraxis der Parlamente muß darum ganz tief ansetzen: bei der Sorge, wie sich in einer Zuschauerdemokratie überhaupt genügend langfristig bindende Partizipationsbereitschaft von zugleich qualifizierten *und* dem Gemeinwohl verpflichteten Bürgern wird aufrechterhalten lassen.